



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 35. Sitzung des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt der Stadt Eberswalde
am 12.09.2023, 18:15 Uhr,
im Familiengarten Eberswalde,
Tourismuszentrum, Konferenzsaal,
Am Alten Walzwerk 1, 16227 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 34. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 13.06.2023
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen zu aktuellen Radwegeprojekten durch den Landesbetrieb Straßenwesen
8. Informationen aus der Stadtverwaltung
 - 8.1. Information zum Projekt "Kletterpflanzenoffensive" aus dem Bürgerbudget
 - 8.2. Information zur Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts »Meine Stadt Eberswalde 2035« (INSEK)
 - 8.3. Sonstige Informationen
9. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

- 9.1. **Vorlage:** BV/0887/2023 **Einreicher / zuständige Dienststelle:**
20 - Kämmerei
2. Nachtragshaushalt 2023
- 9.2. **Vorlage:** BV/0838/2023 **Einreicher / zuständige Dienststelle:**
61 - Stadtentwicklungsamt
Entwicklungsstrategie Wohnbauflächen
- 9.3. **Vorlage:** BV/0886/2023 **Einreicher / zuständige Dienststelle:**
61 - Stadtentwicklungsamt
Bebauungsplan Nr. 323 "ZfBK" (Zentrum für Brand- und Katastrophenschutz)
Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB
10. Informationsvorlagen
- 10.1. **Vorlage:** I/0035/2023 **Einreicher / zuständige Dienststelle:**
65 - Tiefbauamt
Vergabebericht im Vergabejahr 2023
- Teil 1 von 2
11. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Ausschussmitgliedern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Vertreter/innen der Ortsbeiräte, den Vertreter/innen der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Frau Oehler, stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU), eröffnet die öffentliche Sitzung um 18:15 Uhr.

Frau Oehler spricht ihr Bedauern über den plötzlichen Tod von Herrn Fabian Wulf am 10. Juni 2023 aus und wertschätzt seine vielseitige Tätigkeit u.a. als sachkundiger Einwohner im Bauausschuss. Sie bittet alle Anwesenden sich von ihren Plätzen zu erheben und zu Ehren Herrn Wulfs eine Schweigeminute einzulegen.

Es erfolgt eine Schweigeminute.

In Fortführung der Sitzung begrüßt Frau Oehler alle Anwesenden zur heutigen Hybridsitzung des ASWU, an der laut der von ihr auf der Grundlage des § 34 Absatz 1a der Brandenburgischen Kommunalverfassung (BbgKVerf) genehmigten begründeten Anträge folgende Ausschussmitglieder per Videozuschaltung teilnehmen dürfen:

Teilnehmer/in	Stimmberechtigt	gemäß Antrag vom	und Genehmigung vom
Herr Dietterle	Ja	06.09.2023	11.09.2023
Herr Zinn	Ja	12.09.2023	12.09.2023
Frau Büschel	Ja	12.09.2023	12.09.2023
Frau Lösche	Ja	12.09.2023	12.09.2023
Herr Pringal	Nein	11.09.2023	12.09.2023
Frau Siegemund	Nein	12.09.2023	12.09.2023

Die per Video zugeschalteten Ausschussmitglieder teilen auf Nachfrage mit, dass die Videoübertragung funktioniert.

Als Gast ist per Videozuschaltung Herr Dr.-Ing. René Burghardt vom Büro BPI zum TOP 9.2 anwesend.

Frau Oehler informiert, dass in der Stadtverordnetenversammlung am 27.06.2023 Herr Thomas Hilbig als sachkundiger Einwohner abberufen und Herr Martin Knoll als sachkundiger Einwohner in den ASWU berufen wurde. Sie begrüßt Herrn Knoll im ASWU.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Oehler stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der ASWU beschlussfähig ist.

Zu Beginn der Sitzung sind 7 Mitglieder in Präsenz und 4 Mitglieder per Videozuschaltung anwesend bzw. zugeschaltet, mithin **11 Stimmberechtigte (Anlage 1)**.

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 34. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 13.06.2023

Es liegen keine Einwendungen vor.

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Der Tagesordnung wird mehrheitlich zugestimmt.

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Es werden keine Informationen gegeben.

TOP 6

Einwohnerfragestunde

6.1 Einwohnerin, 16227 Finow:

- berichtet, dass am 31.10.2020 eine 3 m hohe Birke aus der Straßenbaumallee im Siedlerweg von einem Anwohner gefällt wurde und bittet die Stadtverwaltung, die Baumallee wieder zu vervollständigen, in dem die gefällte Birke ersetzt wird

Frau Fellner informiert, dass durch das Rechtsamt der illegalen Baumfällung nachgegangen wurde und sagt eine Prüfung und anschließender Information im ASWU zu, wie eine Vervollständigung der Straßenbaumallee realisiert werden kann. In dem Rahmen sieht Frau Fellner einer Baumpflege/Bewässerung durch die Anwohner dankend entgegen.

Frau Oehler schließt die Einwohnerfragestunde um 18:28 Uhr.

TOP 7

Informationen zu aktuellen Radwegeprojekten durch den Landesbetrieb Straßenwesen

Frau Oehler begrüßt Herrn Marko Jürgen und seine Kollegin Angela Schmidt vom Landesbetrieb Straßenwesen (LS) und stellt das Rederecht zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis zum Rederecht: einstimmig zugestimmt

Frau Oehler informiert, dass von der Fraktion DIE LINKE. zum aktuellen TOP Fragen schriftlich eingereicht und mit der Einladung an alle Ausschussmitglieder, sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner sowie an den LS zur Beantwortung versandt wurden.

Herr Jürgen, Dezernatsleiter Region Ost Landesbetrieb Straßenwesen, stellt die Entwurfsplanung des Ausbaus der Bundesstraße 168 zwischen Trampe und Eberswalde mit einem zusätzlich angelegten Radweg anhand der PowerPoint-Präsentation „B 168 Ausbau der freien Strecke und Neubau eines Radweges zwischen Trampe und Eberswalde“ vor (**Anlage 2**).

Auf Anfrage teilt Herr Jürgen mit, dass eine Anpassung des Knotenpunktes Einmündung Heinrich-Heine-Straße/Bernauer Heerstraße rückwirkend nicht in die Planfeststellung eingearbeitet werden kann, weil es eine Verzögerung des Verfahrens von bis zu 2 Jahren hervorrufen würde. Die Bauausführungszeiten stehen in der Abhängigkeit der Fertigstellung des Planfeststellungsverfahrens und ggf. den Einsprüchen. Es ist davon auszugehen, dass die Realisierung des Vorhabens nicht vor 2028 umsetzbar ist.

Frau Fellner führt ergänzend aus, dass der Ausbau des Knotenpunktes als ein separates Projekt anzusehen ist und die Umsetzung gemeinsam mit dem LS verfolgt wird.

Zur späteren Klärung wird die Frage bzgl. der Anpflanzung welcher Baumarten vom LS mitgenommen.

Frau Schmidt, Planerin im Sachgebiet Entwurfs- und Erhaltungsplanung LS, stellt anhand der PowerPoint-Präsentation „Landesstraße 200, Ausbau Breite Straße in der Ortsdurchfahrt Eberswalde, Bauwerk „Friedensbrücke“ - Anbindung der Ortsumgehung - Voruntersuchung“ das Projekt mit den 3 Varianten vor (**Anlage 3**).

Von der Verwaltung wird die Anregung mitgenommen, den Stichweg von der Breiten Straße (ehem. Stettiner Straße) in dem Rahmen der Projektrealisierung L 200 mit einzubinden. Dies gilt aber als städtisches Vorhaben und ist seitens der Stadtverwaltung im Haushalt einzuplanen und umzusetzen.

Herr Parys nimmt ab 19:02 Uhr an der Sitzung teil. Somit sind 12 Mitglieder anwesend.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass seitens des LS keine verbindlichen Äußerungen zu den Realisierungszeiträumen getroffen werden können. Herr Jürgen informiert, dass die Fertigstellung der L 200 Voraussetzung für die Inbetriebnahme der Ortsumgehung ist, weil diese den auflaufenden Verkehr aufnehmen muss. Darüber hinaus wird im Ergebnis der Diskussion erläutert, dass die Beleuchtung im Rahmen der Vorentwurfsplanung mit der Stadtverwaltung abgestimmt und die Festlegung zur Deckschicht der Radwege, vorzugsweise mit Asphalt, im Zuge der Ausführungsplanung entschieden wird.

Herr Jürgen nimmt bezüglich des Vorhabens L 200 die Prüfung einer Achsverlegung in Nordend mit, um mehr Raum zwischen den Wohnhäusern mit straßenseitig angelegten Hauseingängen zu erzielen sowie die Prüfung der Ausführung unterschiedlicher Pflasterung des Geh- und Radweges.

Frau Fellner bittet den LS bei der Umsetzung der vorgestellten Vorzugsvariante eines gemeinsamen Geh- und Radweges darauf zu achten, dem Verkehrsraum so viel Platz zu geben wie nur möglich und großzügig zu gestalten, um den Konflikt zwischen Fußgängern und Radfahrern so weit wie möglich zu reduzieren.

Herr Jürgen geht auf die schriftlich eingereichten Fragen von der Fraktion DIE LINKE. ein und informiert wie folgt:

„Radwege“

Frage 1

Welche Möglichkeiten werden als realisierbar eingeschätzt, um das Konfliktpotential „Einmündung des Radweges an den Ortseingängen von Sommerfeld und von Tornow“ zu minimieren und die Einordnung des Radfahrers in den Verkehr zu erleichtern? (z. B. durch Geschwindigkeitsreduzierung, Markierungen etc.)

Antwort:

Es können mit dem vorhandenen Personal baulicherseits keine zusätzlichen Maßnahmen umgesetzt werden.

Frage 2

Wie ist der Bearbeitungsstand hinsichtlich einer straßenbegleitenden Radwegeverbindung zwischen Eberswalde und Trampe?

Antwort:

Die Beantwortung ist bereits in dem Vortrag vorgenommen worden.

Frage 3

Woran scheitert die Ausweisung eines Radweges in der Breiten Straße ab KP Schleusenstraße bzw. Robert-Koch-Straße bis KP Oderberger Straße?

Antwort:

Der Ausbau eines Radweges in der Breiten Straße, ab Knotenpunkt Schleusenstraße bzw. Robert-Koch-Straße bis zum Knotenpunkt Oderberger Straße, kann vor dem Ausbau der L 200 aufgrund der nicht vorhandenen Breiten und Zwischenausbaumaßnahmen nicht realisiert werden (siehe Darstellung in Anlage 3).

Frage 4

Wie ist der Bearbeitungsstand am Unfallschwerpunkt Eisenbahnstraße/Kupferhammerweg zur Minimierung der Gefährdung der Radfahrer und Fußgänger?

Antwort:

Derzeit befindet sich der Bereich Eisenbahnstraße/Kupferhammerweg in der Planung, Ende 2024 ist die Veröffentlichung der Ausschreibung und für 2025 die Umsetzung der Maßnahme vorgesehen.

„Ampelanlagen/Querungshilfen“

Frage 1

An der Anlage KP Heegermühler Straße/Schöpfungstraße bzw. Heegermühler Straße/Triftstraße ist die Schaltung derart eingerichtet, dass der Fußgänger oftmals nicht beide Richtungsfahrbahnen in einer Grünphase überqueren kann, sondern auf der Mittelinsel stehend eine neue Grünphase anfordern/abwarten muss. Kann die Grünphase so angepasst werden, dass die Straßenquerung in einem Zuge möglich ist? Besteht außerdem die Möglichkeit die Mittelinsel derart zu vergrößern, dass Radfahrer mit Anhänger bzw. Lastenräder genügend Stellfläche haben?

Antwort:

Es ist dem geschuldet, dass in Eberswalde ein „Grünes Band“ für den ÖPNV in Fahrtrichtung Osten geschaltet ist. Mit dem Ausbau der Heegermühler Straße könnte die Ampelschaltung mit der Variante angepasst werden, dass die Fußgänger in einem Zuge die Straße überqueren. Allerdings hätte dies zur Folge, so dass dem Kraftverkehr dadurch Sekunden entzogen werden und diesem weniger Zeit zur Verfügung steht. Hierzu bedarf es einer endgültigen Abstimmung mit der Straßenverkehrsbehörde.

Frage 2

Im Bereich der Bushaltestelle Sommerfelde wurden die Piktogramme „Achtung Kinder“ auf der Fahrbahn aufgetragen. Diese haben sich schon erheblich abgelöst. Wann ist mit einer Erneuerung zu rechnen? Welche Möglichkeiten bestehen im Bereich der Haltestelle (bzw. der Arztpraxis) eine sichere Fahrbahnquerung anzubieten (z.B. Querungshilfe, Bedarfsampel, Geschwindigkeitsreduzierung etc.)?

Antwort:

Generell werden Piktogramme auf Bundes- und Landesstraßen nutzungsbedingt sehr schnell abgefahren. Eine Prüfung auf Erneuerung der Piktogramme und Vorhaltung einer Querungshilfe in Absprache mit der Straßenverkehrsbehörde wird zugesagt.

„Bundes- und Landesstraßen“

Welche Straßenunterhaltungsmaßnahmen sind für 2023 und 2024 im Stadtgebiet von Eberswalde geplant?

Antwort:

Es ist vorgesehen, dass zum Ende 2024 die Ausschreibung und 2025 der Beginn der Maßnahme in der Heegermühler Straße erfolgt. Des Weiteren ist eine Erhaltungsmaßnahme „Deckensanierung“ in der Breiten Straße, Bereich vor dem Rathaus, geplant. Eine vorzeitige Reparaturmaßnahme des Randstreifens ist seitens des LS nicht möglich.

Darüber hinaus wird von Herrn Zinn an den LS die Bitte herangetragen, an Einwohnerversammlungen oder in einem separaten Forum mit den Stadtverordneten teilzunehmen, um die Fragen der Bürgerinnen und Bürger zu beantworten.

Herr Jürgen informiert, dass Einzelgespräche mit Stadtverordneten zeitlich und personell bedingt nicht realisierbar sind.

Zusammenfassend wird festgehalten, dass die Kapazitäten des LS mit dem Ausbau an der L 200 ausgeschöpft sind und keine weiteren Maßnahmen realisierbar sind. Der Ausbau der L 200 stellt die gesamte Stadt vor eine echte Herausforderung und erfordert Einschränkungen und die entsprechende Einstellung im Stadtverkehr/ÖPNV. Dennoch werden die folgenden und bereits durch die Stadtverwaltung an den LS u.a. während des gemeinsamen Gesprächs mit dem Bürgermeister zu Beginn dieses Jahres und heute nochmals thematisierten Hinweise und Anregungen Herrn Jürgen zur Prüfung und schriftlichen Beantwortung mitgegeben.

- die dringend notwendige Deckensanierung in der Freienwalder Straße mit der Erneuerung des Radschutzstreifens
- die Erneuerung des Radweges am Kranbauberg, der ebenfalls in einem erheblich schlechten Zustand ist,
- der überfahrene Mittelstreifen in der Heegermühler Straße, zwischen Triftstraße und Boldtstraße,
- die Ampelanlagen im gesamten Stadtgebiet als „Grüne Welle“ für den Kraftverkehr zu schalten, damit der Fahrzeugfluss besser läuft,
- aufgrund der Gefahrensituationen eine kontinuierliche Weitergabe der Information an welcher Stelle die Schachtabdeckungen abgesenkt und zu erneuern sind an den Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserversorgung Eberswalde (ZWAE) für Wasser und Abwasser,
- die Ampelschaltung Ecke Saarstraße/Freienwalder Straße in die Nachtschaltung einzu-beziehen
- ob im Rahmen der angedachten Baumfällungen in der Georgstraße/Ackerstraße die Baumreihe auf der rechten Seite erhalten bleiben kann

Herr Jürgen sagt eine Prüfung unter Einbeziehung des Straßenmeisters und eine schriftliche Beantwortung zu.

TOP 8

Informationen aus der Stadtverwaltung

TOP 8.1

Information zum Projekt "Kletterpflanzenoffensive" aus dem Bürgerbudget

Frau Oehler begrüßt Frau Karina Naumann als Vertreterin des ökosozialen Netzwerkes/ Mitglied des Alnus e.V. und stellt das Rederecht für Frau Naumann zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis zum Rederecht: einstimmig beschlossen

Frau Naumann stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation das Projekt „Kletterpflanzenoffensive“ aus dem Bürgerbudget vor (**Anlage 4**).

Seitens der Stadtverwaltung wird das Projekt durch den Bauhof unterstützt und für die nicht unerheblichen Kosten für Gründung der Stahlkonstruktion teilt Herr Grohs mit, dass das Büro IBE sich bereiterklärt hat, unentgeltlich mitzuwirken.

Im Rahmen der Diskussion wird deutlich, dass das Projekt nicht allseitig befürwortet wird und der Eingriff in das Gesamtbild als auch die zusätzlich erforderlichen Aufwendungen, die durch den Bauhof zu erbringen sind und ohne diese das Projekt nicht realisierbar ist, als teilweise kritisch angesehen werden. Weiterführend geht aus der Diskussion hervor, dass der Projektkostenzuschuss über das Bürgerbudget nicht die Kosten für das komplette Projekt abdeckt und auch Zuordnung der anfallenden Folgekosten undefiniert ist. In dem Zusammenhang wird von den Ausschussmitgliedern die Realisierbarkeit des Projekts unter Betrachtung der zusätzlich entstehenden Kosten für die Stadtverwaltung in Frage gestellt. Darüber hinaus wird festgestellt, dass die beschlossene Satzung zur Anwendung des Bürgerhaushalts nur geringfügig Ausschlusskriterien und Grenzen für Bürgerbudgetvorschläge enthält und dass diese ggf. zukünftig einer Anpassung erfordert. Es wird empfohlen, Efeu als Pflanzmaterial zu wählen, um dem Laubräumen und dem kahlen Anblick im Winter entgegenzuwirken und die Pergola als einen geschlossenen Laubenbau zu planen.

Herr Walter verlässt die Sitzung um 20:29 Uhr. Damit sind **11 Mitglieder** anwesend.

Herr Banaskiewicz stellt den Geschäftsordnungsantrag, diesen Tagesordnungspunkt aufgrund bereits umfangreich geführter Diskussion und im Blick auf die noch bevorstehende Tagesordnung zu beenden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

TOP 8.2

Information zur Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts »Meine Stadt Eberswalde 2035« (INSEK)

Frau Fellner informiert anhand der PowerPoint-Präsentation über den aktuellen Stand der Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes »Meine Stadt Eberswalde 2035« und die Beteiligung (**Anlage 5**).

Es wird angeregt zu prüfen, ob im Rahmen der Stadttour durch Finow und dem Brandenburgischen Viertel auch die Besichtigung der Dauerausstellung von Mascha Heß zu integrieren ist.

TOP 8.3

Sonstige Informationen

1. Frau Fellner nimmt Bezug auf den Beschluss des Gebäudeenergiegesetzes und die fachlich enge Verzahnung mit dem Wärmeplanungsgesetz. Sie informiert, dass die Stadtverwaltung bereits am 30.03.2023 Fördermittel zur Durchführung der Wärmeplanung beantragt hat, derzeit aber noch kein Bescheid vorliegt. Weiterführend erläutert sie, dass aufgrund dessen die Planungsleistungen noch nicht ausgeschrieben werden konnten, derzeit aber die Einholung von Informationen bei den Wohnungsbauunternehmen und Energieträgern etc. erfolgt, um bei Vorlage des Fördermittelbescheides mit der Erarbeitung einer kommunalen Wärmeplanung und aktuellem Wissensstand beginnen zu können. Nach Verabschiedung des Wärmeplanungsgesetzes und der Vorlage des Fördermittelbescheides können weitere Debatten auf kommunaler Ebene geführt werden.
2. Frau Jahn bezieht sich auf die von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD | BFE eingereichte Beschlussvorlage BV/0306/2020 „Aktives Flächenmanagement als strategisches Instrument der nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik“ und informiert, dass vor der Sitzung eine Kurzdarstellung zum Flächenmanagement an alle Mitglieder und sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner verteilt wurde (**Anlage 6**). Den Hybridteilnehmern ist die Unterlage vor der Sitzung digital zur Verfügung gestellt worden. Sie erläutert, dass darin die An- und Verkäufe der Grundstücksflächen im Rahmen des Flächenmanagements im Haushaltsjahr 2022 dargestellt sind.
3. Frau Leuschner informiert zum aktuellen Stand des Parkraumkonzepts „Parken 3.0“ gemäß der schriftlichen Information, die vor der Sitzung an alle Ausschussmitglieder und sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner verteilt wurde (**Anlage 7**). Den Hybridteilnehmern ist die Unterlage vor der Sitzung digital zur Verfügung gestellt worden.

Herr Banaskiewicz bittet in der Niederschrift festzuhalten, wann mit dem TOP 9 „Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)“ begonnen wurde.

Beginn des TOP 9 „Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)“ um 20:54 Uhr.

TOP 9

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 9.1

Vorlage: BV/0887/2023

Einreicher / zuständige Dienststelle:

20 - Kämmerei

2. Nachtragshaushalt 2023

Herr Zinn fragt, wie der weitere Werdegang nach Bestätigung des Nachtragshaushalts ist.

Frau Fellner informiert, dass nach Bestätigung des Nachtragshaushalts durch die Stadtverordnetenversammlung am 26.09.2023 davon auszugehen ist, dass unmittelbar danach durch den Kämmerer die Aufhebung der Haushaltssperre erklärt wird.

Frau Fellner erläutert, dass der Nachtragshaushalt nur aus solchen Angaben besteht, die die Ämter von sich aus zu Projekten gemeldet haben, die in diesem Jahr nicht realisierbar waren oder Positionen auswählten, die nicht ausgeschöpft werden können. Sie führt weiter aus, dass die Haushaltsanmeldungen bereits über zweieinhalb Jahre alt sind und deshalb durch die Ämter nochmals kritisch geprüft wurden, dazu gehörten auch Ermächtigungsübertragungen. Solche Projekte sind u. a. der Straßenausbau der Dannenberger Straße oder die Maßnahme am Schwanenteich in Finow (aus der Städteförderung). Einsparungen durch das Baudezernat konnten im Einzelnen durch das Amt 60 - Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft - durch günstigere Verträge für Energiekosten, durch das Amt 67 - Bauhof - durch Straßenbeleuchtung und Anschaffung eines Fahrzeuges, was in der Anschaffung preiswerter war und durch das Amt 23 - Liegenschaftsamt - durch nicht erfolgte Grundstücksverkäufe und Waldankäufe erzielt werden.

Herr Zinn bezieht sich auf das zwischen der Verwaltung und dem Verein „Spielgemeinschaft Eberswalde Kegeln“ stattgefundenen Gespräch bzgl. der Planung einer Kegelbahn am Westendstadion und den dabei getroffenen Festlegungen. Er informiert, dass die dabei aufgeführten Reparaturen und Ausbesserungen bisher nicht durchgeführt werden konnten mit dem Verweis auf die aktuell geltende Haushaltssperre sowie den Nachtragshaushalt und bittet um nähere Informationen.

Frau Fellner teilt mit, dass das Westendstadion unverändert in der Haushaltsplanung enthalten bleibt. Die Stadtverordnetenversammlung hat die Verwaltung beauftragt, mit den Keglern ins Gespräch zu kommen, um abzustimmen, was von deren Planungswünschen und Ideen kostenneutral zu erfüllen ist. Diese Diskussion wird derzeit geführt und Anregungen werden aufgenommen und positiv bearbeitet.

Herr Damer informiert, dass die gewünschte Trennwand vor dem Sanitärtrakt mit aufgenommen wurde, die entsprechende Tektur-Planung (Änderung zum Bauantrag) ist beim Bauordnungsamt bereits eingereicht worden und als genehmigungsfähig befunden. Zu den anderen Vorschlägen und Wünschen der Kegler findet Ende September ein Präzisierungsgespräch mit den Keglern statt.

Herr Zinn fragt, inwieweit der Sozialkomplex auf dem Sportgelände Am Wasserturm im Nachtragshaushalt involviert ist.

Herr Damer informiert, dass Gelder im Nachtragshaushalt für die Instandsetzung der Heizung und für die Durchführung einer Schimmelsanierung eingestellt wurden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage beigefügte
2. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Eberswalde für das Haushaltsjahr 2023.

TOP 9.2

Vorlage: BV/0838/2023

Einreicher / zuständige Dienststelle:

61 - Stadtentwicklungsamt

Entwicklungsstrategie Wohnbauflächen

Frau Fellner stellt zusammenfassend den Sachverhalt der Austauschvorlage mit den eingebrachten Änderungen vor und informiert, dass vor der Sitzung eine Austauschseite der Seiten 3 und 4 der Austauschvorlage an alle Ausschussmitglieder und sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner verteilt wurde (**Anlage 8**). Den Hybridteilnehmern ist die Seite vor der Sitzung digital zur Verfügung gestellt worden.

Frau Oehler begrüßt Herrn Dr.-Ing. René Burghardt vom Büro BPI, der per Videozuschaltung anwesend ist und beantragt das Rederecht für ihn.

Abstimmung zum Rederecht: einstimmig bestätigt

Herr Dr.-Ing. Burghardt erläutert als Fachplaner die gutachterliche Einschätzung der Stadtklimaanalyse zum Projekt „Sommerhöhen“ anhand der PowerPoint-Präsentation „Kaltluftanalyse Eberswalde“ (**Anlage 9**).

Frau Oehler informiert, dass der am 18.04.2023 von der Fraktion DIE LINKE. eingebrachte Änderungsantrag zur Beschlussvorlage mit den Unterlagen nochmals versandt wurde und unter dem aktuellen TOP mit behandelt wird.

Seitens der Einreicher wird erklärt, dass der Änderungsantrag aufrechterhalten wird.

Herr Fischer unterbreitet einen Änderungsantrag zur Austauschvorlage der Beschlussvorlage, der vorsieht, den Satz „Anstelle der Maximalvariante des Projekts Sommerhöhen wird die Minimalvariante Bestandteil der Strategie Wohnbauflächen.“ zu streichen und stattdessen folgende Sätze einzufügen: „Im Anbetracht der neu vorliegenden Kaltluftanalyse (Anlage 2) und deren Erkenntnisse zu den Auswirkungen des Projekts Sommerhöhen auf das Stadtklima werden Verwaltung, Stadtpolitik und Vorhabenträger jedoch verbindlich aufgefordert eine neue Bebauungsvariante zu entwickeln, die möglichst stadtklimaverträglich und zugleich für den Bauvorhabenträger praktisch umsetzbar ist und so einen guten Kompromiss zum Wohle der Stadtentwicklung darstellt. Diese neu entwickelte Variante wird von der Stadtverordnetenversammlung anschließend neu beraten.“

Der Änderungsantrag ist darin begründet, dass damit keine Variante ausgeschlossen wird und die heute vorgestellte Kaltluftanalyse tiefgründiger behandeln zu können.

Im Rahmen der Diskussion wird auf die Realisierung eines energieeffizienten und ökologischen Baus bei der Entwicklung von Wohnbauflächen hingewiesen.

Herr Banaskiewicz bittet um Beantragung des Rederechts für Herrn Giesecke, Projektentwickler der Euphoria GmbH, um die Sicht der Investoren darstellen zu lassen.

Frau Oehler stellt das Rederecht für Herrn Tobias Giesecke zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis zum Rederecht: einstimmig bestätigt

Herr Giesecke, Vertreter der Euphoria GmbH und Angehöriger der Eigentümer des zu veräußernden Grundstücks, erläutert, dass das Vorhaben mit der lt. Austauschvorlage zur Beschlussvorlage empfohlenen Minimalvariante aus Sicht des Investors nicht umsetzbar ist, weil es in der reduzierten Form zu einer Unwirtschaftlichkeit führen würde und spricht sich deshalb für die Originalvariante der Sommerhöhen aus. Er führt weiter aus, dass die Euphoria GmbH nicht zwingend an der vorgestellten Bebauungsvariante in der Ursprungsform festhalten würde und erklärt seine Gesprächsbereitschaft mit der Stadtverwaltung und dem Gutachterbüro.

Frau Fellner geht auf die Ausführungen von Herrn Giesecke ein und erörtert, dass ein Gutachten nicht miteinander abgestimmt werden kann, es handelt sich dabei um einen Fachbeitrag, der von der Stadtverwaltung als auch von anderen Beteiligten zur Kenntnis zu nehmen und der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis zu geben ist. Sie führt weiter aus, dass eine Potentialanalyse für die gesamte Stadt vorgelegt wurde und nicht eine Detailauseinandersetzung mit einem einzelnen Grundstück, die in einem B-Planverfahren gemacht werden müsste.

Aus Sicht der Verwaltung besteht dazu die Bereitschaft, wenn es eine Mehrheitsmeinung dazu gibt, allerdings ist dies erst im Rahmen der Erarbeitung eines städtebaulichen Entwurfs und der Erarbeitung eines Bebauungsplans möglich.

Frau Fellner teilt mit, dass sich die Verwaltung dem Änderungsvorschlag von Herrn Fischer anschließt.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag von der Fraktion DIE LINKE.:

mehrheitlich abgelehnt

Herr Zinn spricht sich gegen den Änderungsantrag aus.

Abstimmungsantrag zum Änderungsantrag von der Fraktion SDP | BFE:

mehrheitlich befürwortet

Herr Zinn spricht sich gegen den Änderungsantrag aus.

Abstimmungsantrag zur Beschlussvorlage mit befürwortetem Änderungsantrag von der Fraktion SDP | BFE: mehrheitlich befürwortet

Herr Zinn spricht sich gegen den Änderungsantrag aus.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung in der neuen Fassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der „Entwicklungsstrategie Wohnbauflächen“ als Leitlinie für die zukünftige wohnungspolitische Entwicklung zu.

mit folgenden Änderungen: Anstelle der Maximalvariante des Projekts Sommerhöhen wird die Minimalvariante Bestandteil der Strategie Wohnbauflächen. Die Flächen D3 Ackerstraße sowie E9 Sportplatz Prignitzer Straße werden mit vergrößerter Fläche übernommen (alle Abgrenzungen siehe Anlage 3 dieser Beschlussvorlage).

Neu:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der „Entwicklungsstrategie Wohnbauflächen“ als Leitlinie für die zukünftige wohnungspolitische Entwicklung zu, mit folgenden Änderungen:

Das Projekt Sommerhöhen wird mit der bisher angedachten Bebauungsvariante in die Entwicklungsstrategie Wohnbauflächen aufgenommen. Im Anbetracht der neu vorliegenden Kaltluftanalyse (Anlage 2) und deren Erkenntnisse zu den Auswirkungen des Projekts Sommerhöhen auf das Stadtklima werden Verwaltung, Stadtpolitik und Vorhabenträger jedoch verbindlich aufgefordert eine neue Bebauungsvariante zu entwickeln, die möglichst stadtklimaverträglich und zugleich für den Bauvorhabenträger praktisch umsetzbar ist und so einen guten Kompromiss zum Wohle der Stadtentwicklung darstellt. Diese neu entwickelte Variante wird von der Stadtverordnetenversammlung anschließend neu beraten. Die Flächen D3 Ackerstraße sowie E9 Sportplatz Prignitzer Straße werden mit vergrößerter Fläche übernommen (alle Abgrenzungen siehe Anlage 3 dieser Beschlussvorlage).

TOP 9.3

Vorlage: BV/0886/2023

Einreicher / zuständige Dienststelle:

61 - Stadtentwicklungsamt

Bebauungsplan Nr. 323 "ZfBK" (Zentrum für Brand- und Katastrophenschutz)

Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

1. Aufstellungsbeschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 323 „ZfBK“ gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB).

Zum Geltungsbereich des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Nr. 323 „ZfBK“ gehören die folgenden Flurstücke:

Gemarkung Eberswalde, Flur 7, Flurstücke 44/155, 402, 553.

Das Plangebiet hat eine Größe von ca. 1,88 ha.

Der Bebauungsplan soll ein Sondergebiet für den Katastrophenschutz festsetzen, deren Flächen den Übungszwecken der beruflichen und ehrenamtlichen Rettungs- und Katastrophenschutzdienste dienen soll.

Der in der Anlage beigefügte Übersichtsplan (unmaßstäblich) zum beabsichtigten Geltungsbereich ist Bestandteil des Aufstellungsbeschlusses.

2. Auftrag zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 1 BauGB und der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 1 BauGB ist durchzuführen.

3. Auftrag zur ortsüblichen Bekanntmachung

Der Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes sowie Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie über die wesentlichen Auswirkungen der Planung sind ortsüblich bekannt zu machen.

TOP 10

Informationsvorlagen

TOP 10.1

Vorlage: I/0035/2023

Einreicher / zuständige Dienststelle:

65 - Tiefbauamt

Vergabebericht im Vergabebjahr 2023

- Teil 1 von 2

Nachrichtliche Anmerkung:

Die im Vorfeld der Sitzung von Frau Wagner gegebene Anregung, künftig die Art des Vergabeverfahrens mit zu veröffentlichen, wird von der Verwaltung aufgenommen.

Frau Köhler informiert, dass es zukünftig eine Legende mit nachfolgenden Erläuterungen geben wird:

Kürzelverzeichnis

A	öffentliche Ausschreibung /Offenes Verfahren
AB	öffentliche Ausschreibung / Offenes Verfahren – Bau
BA	Beschränkte Ausschreibung
BAB	Beschränkte Ausschreibung – Bau
VV	Verhandlungsverfahren
VVB	Verhandlungsverfahren – Bau (nur EU)
FV	Freihändige Vergabe – immer Bau

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Übersicht der vergebenen Aufträge im ersten Vergabehalbjahr 2023 zur Kenntnis.

TOP 11

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Ausschussmitgliedern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Vertreter/innen der Ortsbeiräte, den Vertreter/-innen der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

11.1 Herr Zinn

- bittet um aktuellen Stand der Maßnahmen aus dem Runden Tisch der Geh- und Radwegesanierung

Frau Fellner informiert, dass aus dem letzten Runden Tisch zur Geh- und Radwegesanierung noch abgestimmte Maßnahmen offen sind, die mit den vorhandenen finanziellen Mitteln umgesetzt werden müssen.

Erst wenn diese Maßnahme alle abgearbeitet sind, wird ein neuer Runder Tisch zur Geh- und Radwegesanierung einberufen, um eine neue Maßnahmeliste zu definieren und abzustimmen. Sie sagt zu, dass sobald alle Maßnahmen abgearbeitet sind und Gelder zur Verfügung stehen, ein neuer Runder Tisch einberufen wird. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich gerne an Frau Fellner wenden.

- führt ergänzend aus, dass um eine aktuelle Bilanz gebeten wird, die für Bürgerinnen und Bürger einsehbar ist und nennt dafür z. B. die Veröffentlichung einer Analyse für 2024/2025 im Amtsblatt
- bittet die Verwaltung, bzgl. des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes aktiv zu werden

Frau Fellner erläutert, dass es sich um ein durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossenes Konzept handelt, auf dessen Basis der ebenfalls beschlossene Bebauungsplan Nr. I „Strategischer Bebauungsplan zur Steuerung des Einzelhandels“ bindend ist. Für eine Evaluierung ist eine detaillierte Auseinandersetzung mit der Struktur und ihren Zentren erforderlich sowie die Klärung, wie die Zentren gestärkt und entwickelt werden sollen. Dafür sind zurzeit keine Kapazitäten in der Verwaltung und keine finanziellen Mittel vorhanden.

11.2 Herr Dietterle:

- fragt, wie wird zukünftig mit dem Motorradlärm im Sommer und in den Nächten umgegangen

Frau Fellner informiert, dass die Stadtverwaltung nur den ruhenden Verkehr beeinflussen kann und die Polizei für den fließenden Verkehr zuständig ist. Insofern ist dies gesondert mit dem Ordnungsamt und der Polizei zu thematisieren.

- geht auf die Geruchsbelästigungen durch die Leitungen und Gullischächte ein und fragt, wann diese beseitigt werden; er geht von einem überdimensionierten Leitungsquerschnitt aus, der zu korrigieren ist

Frau Fellner erläutert, dass durch das Wassersparen die Geruchsbelästigungen begünstigt werden und die Stadtverwaltung darauf keinen Einfluss hat. Sie verweist auf die jährliche Darstellung des Zweckverbands für Wasserversorgung und Abwasserversorgung Eberswalde (ZWAE) in der Stadtverordnetenversammlung, in der dies thematisiert werden könnte. Vorzugsweise empfiehlt sie die Klärung per E-Mail mit dem ZWAE direkt.

- nimmt Bezug auf die Einwohnerversammlung in Finow und fragt, ob der Bau der Kita im neuen Messingwerk geplant ist und realisiert wird

Frau Oehler informiert, dass der Investor während seiner Darstellung zur Einwohnerversammlung nicht vom Bau einer Kita Abstand genommen hat. Dennoch befindet sich das Vorhaben noch im Vorentwurf.

11.3 Herr Weingardt:

- berichtet von zwei Feuerwehreinsätzen in Finow aufgrund von Qualmentwicklungen innerhalb der letzten Woche; er informiert, dass in Finow zwei Höhenniveaus von 48 m und von 31 m bestehen und erläutert, dass wenn auf dem unteren Höhenniveau Feuer gemacht wird, führt es zu starker Qualmentwicklung in der Höhenlage von 48 m; er fragt, ob die Stadtverwaltung Handlungsmöglichkeiten sieht und Lösungsvorschläge hat, weil grundsätzlich die Gestattung gegeben ist, aber die Geographie dies unterbindet

Die Verwaltung gibt die Anfrage an das Ordnungsamt weiter.

11.4 Herr Banaskiewicz:

- regt an, das an der Q1 Tankstelle in Ostend stehende Hinweisschild „Zur Baustelle am Rohrpfehl“ rückbauen zu lassen

Die Verwaltung nimmt die Anregung mit.

- bezieht sich auf die unter TOP 9.1 Beschlussvorlage BV/0887/2023 „2. Nachtragshaushalt 2023“ gegebene Information von Herrn Damer bzgl. der Bauarbeiten an dem Sanitärtrakt Sportplatz Am Wasserturm und auch die Information zum Ausbau der Kegelbahn im Westendstation und fragt, ob diese Maßnahmen mit der Sportentwicklungskonzeption konformgehen und ggf. angepasst werden

11.5. Herr Zinn:

- bezieht sich auf die Anfrage von Herrn Banaskiewicz und informiert, dass sein Anliegen im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport (ABJS) auf die Evaluierung der Sportentwicklungskonzeption gezielt war und dies vom zuständigen Dezernenten abgelehnt wurde

Frau Fellner sagt zu, die Anfrage an Herrn Schlüter weiterzugeben.

Frau Oehler schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 22:30 Uhr.

gez. Karen Oehler
Stellv. Vorsitzende des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt

gez. Anja Guth
Schriftführerin

Gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 10 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde wurden die kursiv dargestellten Wortbeiträge mit in die Niederschrift aufgenommen.

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **SPD | BFE**
Kurt Fischer in Vertretung von Frau Isabell Sydow
- **Stellvertreterin des Vorsitzenden**
Karen Oehler
- **stimmberechtigtes Mitglied**
Frank Banaskiewicz
Sabine Büschel per Videozuschaltung
Oskar Dietterle per Videozuschaltung
Uwe Grohs
Ronny Hiekel vertreten durch Herrn Carsten Zinn
per Videozuschaltung
Katja Lösche per Videozuschaltung
Heinz-Dieter Parys ab 19:02 Uhr anwesend
Eckhard Schubert
Sebastian Walter anwesend bis 20:30 Uhr
Tilo Weingardt
- **sachkundige Einwohner/innen**
Matthias Bohn
Regine Hartwig entschuldigt
Martin Knoll
Thomas Kolling anwesend bis 20:54 Uhr
Roy Pringal per Videozuschaltung
Andreas Reichling
Riccardo Sandow
Peggy Siegemund per Videozuschaltung
Karin Wagner entschuldigt
- **Ortsvorsteher/in**
Martin Bowitz
Helmut Herold entschuldigt
Matthias Stiebe
- **Dezernent/in**
Anne Fellner
- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**
Bodo Heinrich entschuldigt
Matthias Milbradt entschuldigt

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**

Sören Bauer zu TOP 9.2

Jens Damer

Katrin Heidenfelder

Birgit Jahn

Heike Köhler

Silke Leuschner

- **Gästeliste**

Dr. Ing. Rene Burghardt zu TOP 9.2

Büro BPI per Videozuschaltung

Tobias Giesecke, zu TOP 9.2

Euphoria GmbH

Marko Jürgen, zu TOP 7

Landesbetrieb Straßenwesen

Angela Schmidt, zu TOP 7

Landesbetrieb Straßenwesen